

Es gilt das gesprochene Wort



Tag der Wirtschaft

13. September 2002, St. Gallen

Standort Schweiz im globalen Wettbewerb

Marcel Ospel

Präsident des Verwaltungsrates, UBS AG

Meine Damen und Herren

"Globalisierung ist kein Schicksal!" Diese Kernbotschaft stammt von prominenten Globalisierungskritikern wie (Attac). Sie ist eine Antwort auf die weit herum geteilte Ansicht, und dass die Globalisierung eine unabwendbare Tatsache ist. Solche Tatsachen haben es in sich, dass sie Ängste und Abwehrreflexe verursachen. Es ist daher nachvollziehbar, dass breite Bevölkerungsschichten in der Schweiz und in anderen Ländern der Globalisierung mit grosser Verunsicherung und Skepsis begegnen. Wir müssen diese negativen Gefühle ernst nehmen. Damit ist es aber nicht getan. Vielmehr müssen wir überzeugende Perspektiven entwickeln, wie wir die Globalisierung nutzen und ihren Gefahren begegnen können.

Globalisierung ist eben kein Schicksal, das wir einfach so über uns ergehen lassen müssen. Wir können diesen Prozess zwar nicht aufhalten. Aber wir können ihn aktiv mitgestalten. Diese Option birgt für uns enorme Chancen. Wir müssen sie nur nutzen. Adolf Ogi hat den Nagel auf den Kopf getroffen, als er sagte: "Wer nicht mitglobalisiert, wird isoliert."

Die Globalisierung eröffnet nicht nur hochentwickelten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften, sondern auch Entwicklungsländern ein substantielles Wohlstandspotential und Entwicklungsperspektiven. Einige Zahlen mögen dies verdeutlichen: Die privaten Netto-Investitionen in den Entwicklungsländern stiegen von 60 Milliarden USD 1990 auf 260 im Jahre 2000, während im gleichen Zeitraum die öffentlichen Beiträge von 60 Milliarden USD pro Jahr auf 40 zurückgingen. Die Globalisierung hat aber auch zu substantiellen Verbesserungen der sozialen Verhältnisse in diesen Ländern geführt. Seit 1960 halbierte sich die Rate der Kindersterblichkeit, nahm die Unterernährung um einen Drittel ab und konnte die Versorgung mit sauberem Trinkwasser erheblich verbessert werden. Allein in Südost-Asien hat sich die Armut seit 1975 mehr als halbiert.

Aufgrund der Beschlüsse am WTO-Ministertreffen von Doha bestehen auch weiterhin gute Aussichten, dass die Globalisierung zu höherem Wachstum beiträgt. Der Beitritt von China und Taiwan zur WTO wird zu einer Integration zweier aufstrebender Märkte mit einer Bevölkerung von insgesamt mehr als 1.3 Milliarden Menschen in die Weltwirtschaft führen. Auch der weitere Abbau von Handelshemmnissen wird in den kommenden Jahren einen substantiellen Beitrag zu Wachstum und Wohlstand leisten.

Ich wäre aber blauäugig, nicht auch die Risiken der Globalisierung anzusprechen. Sie stellt Wirtschaft und Politik vor grosse Herausforderungen. Sie führt zu einem verschärften Wettbewerb und damit auf allen Ebenen zu Anpassungszwängen. Wirtschaft und Staat können viel dazu beitragen, die daraus resultierenden Ängste abzubauen. Für die Wirtschaft stehen die Grundsätze der Integrität und Transparenz im Vordergrund. Ausserdem geht es darum, anstehende Veränderungen möglichst offen zu kommunizieren und die Arbeitsmarktfähigkeit der Mitarbeiter zu fördern. Der Staat seinerseits hat die anspruchsvolle Aufgabe, konkurrenzfähige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen, an globalen Lösungen zugunsten der weltweit vernetzten Gesellschaft mitzuarbeiten und die sozialen Auswirkungen der Globalisierung abzufedern. Ein solches Zusammenspiel von Wirtschaft und Staat stärkt nicht nur das Vertrauen in die Kräfte der Globalisierung, sondern schafft auch eine gute Ausgangslage, um von dieser Entwicklung zu profitieren.

Wie sind nun die Schweiz und ihre Wirtschaft im globalen Wettbewerb positioniert? In Studien über die internationale Wettbewerbsfähigkeit rangiert unser Wirtschaftsstandort nach wie vor unter den ersten zehn. Zu den besonderen Stärken der Schweiz zählen dabei ihr hohes Mass an politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Stabilität, der allgemeine Ausbildungsstand und die Motivation der Arbeitskräfte sowie das grosse Potential im Bereich der Forschung.

Diese gewichtigen Standortvorteile unseres Landes spiegeln sich auch in einer hohen Dichte grosser multinationaler Unternehmen, die auf den globalen Märkten eine führende Stellung einnehmen. Daneben gibt es auch zahlreiche mittlere und kleinere Unternehmen, die in ihren spezifischen Marktsegmenten ebenfalls zur Weltspitze zählen. Ich glaube, es ist gerade dieses Nebeneinander von grösseren und kleineren Unternehmen, das die Erfolgsgeschichte unserer Wirtschaft wesentlich geprägt hat. Populistisch inspirierte Versuche, KMU und Grosskonzerne auf der politischen Bühne gegeneinander auszuspielen, finde ich daher wenig hilfreich.

Das insgesamt sehr positive Bild unseres Standortes darf uns aber nicht zur Selbstzufriedenheit verleiten. Vielmehr müssen wir in Wirtschaft und Politik vereint daran arbeiten, unsere internationale Position weiter zu verbessern. Die Wachstumskrise der 90er Jahre ist uns allen noch in bester Erinnerung. Sie hat zu einem dramatischen Umbau unserer Wirtschaft geführt, der immer noch in vollem Gange ist. Gleichzeitig hat aber auch die Politik die Zeichen der Zeit erkannt und mit dem 1995 lancierten Revitalisierungsprogramm wichtige Schritte zur Verbesserung der Rahmenbedingungen unternommen. Dadurch wurde der Wettbewerb in der Privatwirtschaft gestärkt. Dann wurde die Liberalisierung von Teilen des öffentlichen Sektors, insbesondere in den Bereichen Post, Telekommunikation und Bahn in Angriff genommen. Auch die unbefriedigende Situation des Bundesfinanzhaushaltes wurde angegangen. Ausser-

dem wurden wichtige Weichen für das erste Paket der Bilateralen Verträge gestellt. Mit diesem wirtschaftlichen und politischen Fitnessprogramm machte die Schweiz auf der internationalen Ebene deutlich Boden gut, den sie in den Jahren zuvor eingebüsst hatte.

In der Zwischenzeit hat aber diese politische Dynamik wieder erheblich an Schwung verloren. Bundespräsident Villiger diagnostizierte unlängst zu Recht eine Reformmüdigkeit und äusserte Ängste über eine für den Wirtschaftsstandort Schweiz gefährliche Gegenreaktion. Wie recht er hat, beweist die Initiative zur Erhaltung des Poststellennetzes. Hier kommt mir das Churchill-Wort in den Sinn: "Wenn wir einen Streit zwischen Vergangenheit und Gegenwart beginnen, werden wir finden, dass wir die Zukunft verloren haben."

Die Wirtschaft reagiert sehr sensibel auf solche Entwicklungen. Ich bin daher auch besorgt über die wieder einsetzende Wachstumsdynamik bei den öffentlichen Ausgaben. Sie wird die Steuer- und Staatsquote weiter ansteigen lassen und damit den Handlungsspielraum von Staat und Wirtschaft einschränken. Die redlichen Absichten der späten 90er Jahre von Politik und Sozialpartnern am sogenannten "Runden Tisch", den desolaten Bundeshaushalt zu sanieren, sind längst wieder einer undisziplinierten Ausgabenpolitik gewichen. Dabei müsste die Schweiz alles daran setzen, innerhalb der OECD in der Gruppe der Staaten mit den tiefsten Staats- und Steuerquoten zu verbleiben. Nur so kann die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes auf Dauer gesichert werden.

Die Standortvorteile unseres Steuersystems werden aber nicht nur von innen, sondern auch von aussen bedroht. Ich spreche damit auf die Steuerinitiativen der EU und der OECD an. Diese Institutionen haben sich dem Kampf gegen die Steuerhinterziehung und - jetzt Achtung - den "schädlichen Steuerwettbewerb" verschrieben; - man vergegenwärtige sich die Unsinnigkeit dieser Wortschöpfung. Sie wollen die Schweiz dazu zwingen, ihr Bankgeheimnis zu lockern und den Steuerbehörden Zugang zu Bankinformationen zu verschaffen. Gerade das Beispiel des schweizerischen Steuersystems zeigt jedoch, dass ein solcher Schritt keinesfalls notwendig ist, um das Problem der Steuerhinterziehung wirksam einzudämmen.

Unser Steuersystem erreicht einen höchsten Grad an Steuerehrlichkeit, ohne das Grundrecht auf Wahrung der Privatsphäre unverhältnismässig einzuschränken. Es beruht auf drei Elementen:

Erstens auf der Selbstdeklaration durch die Steuerpflichtigen. Die traditionell moderate Steuerbelastung sowie das gegenseitige Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bürgern tragen entscheidend zur Funktionsfähigkeit bei.

Zweitens schafft die Verrechnungssteuer auf Zins- und Dividendenzahlungen zusätzliche Anreize zur Selbstdeklaration. Sie wird auch dann erhoben, wenn die Zahlungsempfänger im Ausland steuerpflichtig sind.

Drittens können die Steuerbehörden bei Verdacht auf Steuerhinterziehung eine Ermessenseinschätzung der Steuerpflichtigen vornehmen. In einem solchen Fall drohen

drakonische Nach- und Strafsteuern. Wie man behaupten kann, Steuerhinterziehung werde in der Schweiz als Kavaliersdelikt betrachtet, ist mir daher absolut schleierhaft.

Das schweizerische Steuersystem mit seinem Wettbewerb über Kantone und Gemeinden, der übrigens nicht ruinös ist, unsere Infrastruktur und Sozialwerke sind luxuriös ausgestattet, hat sich über Jahrzehnte hinweg bewährt. Im Gegensatz dazu propagieren EU und OECD Lösungen, von denen momentan niemand weiss, ob sie überhaupt funktionieren. Sicher ist dagegen, dass ein internationaler Austausch von steuerrelevanten Bankinformationen im Finanzsektor und bei den Steuerbehörden einen enormen administrativen Aufwand verursachen wird.

Die EU ist momentan dabei, ein eigentliches Powerplay gegen die Schweiz aufzuziehen und instrumentalisiert für diese Zwecke nicht nur die OECD, sondern auch die G8. Konkret wirft sie der Schweiz vor, mit ihrer klaren und unnachgiebigen Haltung zum Bankgeheimnis die Umsetzung der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie zu torpedieren und die internationale Steuerflucht zu begünstigen. Diese Anschuldigung entbehrt allerdings jeglicher Grundlage. Tatsache ist, dass die Schweiz mit ihrem Angebot, einen Steuerrückbehalt auf Zinszahlungen an natürliche Personen mit Wohnsitz in der EU einzuführen, eine äquivalente Massnahme vorgeschlagen hat, die den Interessen beider Seiten angemessen Rechnung trägt.

Trotz dieses grossen Entgegenkommens von unserer Seite zeigt uns die EU die kalte Schulter und droht neuerdings sogar unverhohlen mit Sanktionen. Wir dürfen uns durch dieses Säbelrasseln nicht einschüchtern lassen. Zuviel steht für uns auf dem Spiel. Nicht nur für die Banken, sondern für den Wirtschaftsstandort insgesamt. Der Bankenplatz Schweiz leistete im Jahr 2000 insgesamt einen Rekordbeitrag von 17 Prozent zum Schweizer Bruttoinlandprodukt. Die Banken kaufen von andern Branchen der Schweizer Wirtschaft Güter und Dienstleistungen im Wert von mehr als 10 Mrd. CHF pro Jahr. Insgesamt sind rund 230'000 Arbeitsplätze in der Schweiz direkt oder indirekt vom Bankensektor abhängig.

Ich bin daher ausserordentlich froh und dankbar, dass der Finanzplatz in der Frage des Bankgeheimnisses auf eine breite Unterstützung in Bevölkerung, Wirtschaft und Politik zählen darf. Das ist nicht nur für uns, sondern auch für den Wirtschaftsstandort Schweiz insgesamt ein ermutigendes Zeichen. Es zeigt, dass sich Gesellschaft, Wirtschaft und Politik bei zentralen Fragen nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern gemeinsam die legitimen Interessen unseres Landes verteidigen.

Gemeinsam müssen wir auch die anderen wirtschaftspolitischen Herausforderungen anpacken, mit denen unser Land konfrontiert ist. Ich möchte nur die zwei wichtigsten herausstreichen:

Erstens, die Demographie. Das Problem des demografischen Alterns unserer Bevölkerung ist schon genügend erörtert worden. Die damit verbundenen Finanzierungsprobleme unserer Sozialwerke sowie die möglichen Lösungsansätze sind ebenfalls bekannt. Weniger in unserem Bewusstsein ist die Tatsache, dass demografiebedingt auch die Erwerbsbevölkerung in unserem Land zurückgehen wird mit entsprechend negativen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum. Das Problem kann nur ent-

schärft werden, wenn die Dauer des Erwerbslebens verlängert wird. Das ist nicht zwingend mit einer Erhöhung des Rentenalters verbunden. Vielmehr können auch die Anreize für Arbeitnehmer verstärkt werden, über das Rentenalter hinaus erwerbstätig zu bleiben, im Sinne eines "vierten Säule"-Konzepts.

Die zweite grosse Herausforderung stellt das niedrige Produktivitätswachstum in unserem Land dar. Den Hauptgrund für dieses Defizit sehe ich im mangelnden Wettbewerb. Gerade für die Schweiz als kleines Exportland gibt es keine Alternative zur Liberalisierung der Märkte und Förderung des Wettbewerbs. Dazu sind interne Anstrengungen sowie eine vertiefte Kooperation im Rahmen der WTO nötig. Den strukturkonservativen Kräften im linken und rechten Lager, welche Teile unserer Wirtschaft dem Anpassungsdruck des internationalen Wettbewerbs entziehen wollen, müssen wir daher mit aller Entschlossenheit entgegentreten!

Meine Damen und Herren

Die Schweizer Wirtschaft und der Finanzplatz Schweiz haben gute Chancen, sich in einem kompetitiveren Umfeld zu behaupten. Sie sind aber auf eine Wirtschafts- und Steuerpolitik angewiesen, die von Weitsicht geprägt ist und die zu den elementaren Standortvorteilen Sorge trägt. *economiesuisse* kann einen wichtigen Beitrag leisten, um Wirtschaft und Politik einander, auf dem Weg in eine gemeinsame, erfolgreiche Zukunft näher zu bringen.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

13. September 2002